

**Zeitschrift:** Zürcher Illustrierte  
**Band:** 13 (1937)  
**Heft:** 50

**Artikel:** Soll die Schweiz 2 Milliarden fahnenflüchtigem Kapital Unterschlupf bieten?  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-752076>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



# Soll die Schweiz 2 Milliarden

Birgt solches Geld Gefahren oder kann es unserem Lande nützen?

*La Suisse a-t-elle raison d'enrayer l'immigration des capitaux étrangers?*

Vor einigen Tagen sind Maßnahmen der schweizerischen Nationalbank gegen das Fluchtkapital in Kraft getreten, die im Auslande beträchtliches Aufsehen erregt haben, in der Schweiz aber mit vornehmer Zurückhaltung behandelt wurden. Wenn auch diese stillere Methode oft unnötige Beunruhigung zu vermeiden vermag, so dient sie doch seit den Krisenjahren der Verschleierung wichtiger Landesprobleme und hält das «Volk» von der Erörterung solcher Fragen ab, die, obwohl unbequem, doch dringender Abklärung bedürfen.

Wir leben in einer dramatischen Periode des Umbruchs und des Ueberganges. Welch ein Irrtum zu glauben, daß in einer Zeit fortwährender und tiefgreifender Wandlungen das Geldwesen unverändert bleiben könne. Die Ereignisse in aller Welt deuten ja unerbittlich genug darauf hin, daß es aus ist mit dem Eigenleben des Geldes. Es soll der Wirtschaft und der Sozialordnung dienen, statt sie sich zu unterwerfen.

Diese Entwicklung ist unvermeidlich, aber die in vielen Ländern während der letzten Jahre geübten plumpen Methoden waren mehr dazu angetan, das Geld zu verjagen, statt es zur Arbeit anzuhalten. So flüchteten Milliardenbeträge von Rußland nach Europa und Amerika, von Italien nach Frankreich, von Deutschland nach der Schweiz, vor der Pfundabwertung aus England nach Amerika, vor der Dollarabwertung zurück nach Europa, vor den Fluchtgeld-Maßnahmen Roosevelts und der zunehmenden Gold-Unsicherheit zurück nach der Alten Welt, wieder heraus aus Volksfront-Frankreich nach der Schweiz...

Unser Land galt von jeher als sicherer Zufluchtsort, aber so war es nicht gemeint wie in den letzten Monaten, wo Hunderte und aber Hunderte von Millionen hereinströmten, bis schließlich am 9. November der Gold- und Devisenbestand der Nationalbank auf 3192 Millionen Franken angeschwollen war, wovon etwa 2 Milliarden aus dem Zustrom der Fluchtgelder stammen dürften, die jeden Tag, so unerwartet wie sie gekommen sind, auch wieder zurückgerufen werden können. Die Möglichkeit der schlagartigen Abberufung birgt aber für die Währung und das ganze Kreditgebäude des Gastlandes ernsthafte Gefahren. Unser Noteninstitut hielt es deshalb für seine Pflicht, mit Hilfe eines Gentlemen's agreement, dessen Unterzeichnung von allen schweizerischen Banken verlangt wurde, die Verminderung dieser vagabundierenden Gelder anzustreben, die in unserer Wirtschaft keine feste Anlage suchen. Zu den eigentlichen Maßnahmen äußert sich nebenstehend Prof. G. Bachmann, Präsident des Direktoriums der Schweiz. Nationalbank.

Das Problem des «hot money», des «heißen Geldes» — wie es von Roosevelt, dem Vater des Fluchtgeldabwehr-Gedankens getauft wurde — hat aber auch noch andere als nur banktechnische Seiten. Wo die engeren Fachleute allzuleicht geneigt sind, nur eine vorübergehende technische Maßnahme zu sehen, hat der fernerstehende Beobachter den Eindruck, daß wir uns an einem Wendepunkt des Geldwesens überhaupt befinden. Die «ZI» hat deshalb einige Persönlichkeiten befragt, die außerhalb des Bankwesens stehen und die durch ihre wirtschaftskritische Regsamkeit eine Stellungnahme erwarten ließen, die für die heutige Stimmung im Lande typisch ist.

## Prof. G. Bachmann, Präsident des Direktoriums der Schweiz. Nationalbank

«Die Nationalbank hat mit den Banken unseres Landes ein Gentlemen's agreement getroffen, dessen Bestimmungen zu einer Verminderung der bei ihnen liegenden ausländischen Gelder führen sollen. Danach werden ausländische Sichtguthaben in Schweizerfranken nicht mehr verzinst und in Gelder mit mindestens dreimonatiger Kündigungsfrist umgewandelt. Wenn solche Festgelder kürzer als 6 Monate hier liegen, werden sie einer Kommission (negativer Zins) von 1% unterworfen. Erst wenn die Bindung mindestens 9 Monate beträgt, wird eine Verzinsung bewilligt, die je nach Summe und Bank zur Zeit Bruchteile eines Prozents betragen dürfte. Wir wollten das ausländische Kapital nicht rechtswidrig behandeln, denn schließlich war das fremde Geld uns auch schon sehr nützlich. Wir wollten nicht wie autoritäre Staaten willkürlich, sondern korrekt vorgehen. Der Bankkunde wird deshalb um seine Zustimmung ersucht. Wer nicht zustimmen will, wird sein Geld abheben und damit ist der Zweck erreicht. Darüber hinaus haben die Maßnahmen eine psychologische Wirkung, die den weiteren Zustrom fremder Gelder mindern dürfte. Es wurde befürchtet, daß, wenn Ausländer in schweizerische Titel steigen, beim Kauf eine künstliche Obligationenhausse erzeugt werde und bei plötzlichem massiven Verkäufen eine ungerechtfertigte Baisse. Die befürchteten Einflüsse haben sich in sehr engen Grenzen gehalten. Die durchschnittliche Rendite schweizerischer Obligationen war vor der Bekanntgabe 3,18%, nachher 3,10%. Wenn man nun diese Gelder abdrängt, so könnten sie in Schweizer Noten angelegt werden. Um auch das zu erschweren, fanden sich die Banken bereit, keine Noten in Safes aufzunehmen. Es wird vom Safe-Inhaber eine schriftliche Erklärung verlangt, daß er keine Schweizer Banknoten ins geschlossene Depot lege. Hier müssen wir auf die Ehrlichkeit abstellen. Es gibt gewiß noch Leute, die keine unterschriebene Verpflichtung abgeben, wenn sie nicht dazu stehen wollen. Eine Verletzung des Bankgeheimnisses ist das nicht. Eine Ausnahme: Ausländische Banken können im normalen Rahmen über ihre Guthaben für den laufenden Verkehr jederzeit verfügen. Wo ist nun die Grenze zwischen erwünschtem kommerziellem Auslandsgeld und dem unerwünschten Fluchtgeld? Wenn ein Ausländer Maschinen bestellt und eine große Anzahlung bei der Bank deponiert — wenn jemand zum voraus Geld für fälliger werdende Schulden bereitstellt —, wenn jemand Mittel für Kuren oder Lehranstalten zur Verfügung halten will —, so ist all dies kein «hot money», sondern wirtschaftlich sehr erwünschtes Geld. Für die sorgfältige Unterscheidung sind wir auf die Mitwirkung der Banken angewiesen. Wir nehmen an, daß wenn eine teilweise Bindung dieser Gelder erfolgt, sich für die Inlandwirtschaft eine Zinsverbilligung ergeben könnte. Sache der Banken ist es nun, den Umständen entsprechend zu handeln.»

M. Bachmann, président du conseil de la Banque nationale (B. N.) veut bien nous résumer les mesures prises à cet effet, mesures qui font l'objet d'un gentlemen agreement entre la B. N. et les banques en Suisse: «L'argent venant de l'étranger qui, jusqu'ici, pouvait être placé à vue, devra dorénavant être engagé à un terme minimum de trois mois et de toutes façons, ne rapportera alors point d'intérêts. Au contraire, si le terme de dépôt est inférieur à six mois, cet argent sera grevé d'un intérêt négatif (que l'on baptise commission de dépôt) de 1% pour cent. Un très modeste intérêt d'une fraction de 1% sera dévolu aux capitaux déposés à un terme de plus de 9 mois. Ces mesures risquent, certes, d'inciter à la thésaurisation. On a prévu ce cas. Les clients étrangers qui retirent leurs fonds de nos banques sont priés de signer une déclaration, par laquelle ils s'engagent à ne pas conserver dans leurs safes des billets de banques suisses. Ainsi, on peut donc espérer réduire la pléthore artificielle des capitaux et revenir à un état plus stable, ce qui pourrait amener une diminution du taux des intérêts.» — Le problème des capitaux vagabonds a d'autres aspects qu'un intérêt strictement bancaire, ce pourquoi ZI a jugé intéressant de solliciter les opinions de quelques personnalités de notre pays, opinions que vous trouverez ci-contre.

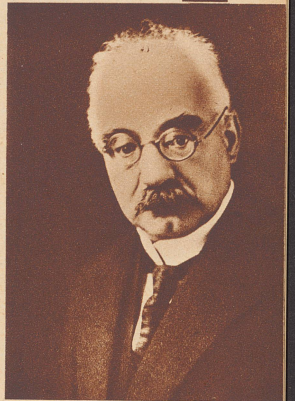


## Dr. Max Beck, Redaktor der «Schweizerischen Handelszeitung», Zürich:

«Dadurch, daß die Notenbanken sich damit begnügen, das «heiße Geld» einander weiterzugeben, ist das Problem nicht gelöst. Früher flüchtete das Geld wegen Regierungskrisen, der Angst vor übertriebenen fiskalischen Maßnahmen usw. zu uns — heute, trotz aufsteigender Konjunktur, flüchtet es wiederum zu uns. Warum eigentlich? Der Unternehmungsgeist ist gehemmt, es gibt zu viele, die meinen, der Staat sei der alleinige Verteiler von Wohlfahrt, Arbeit und Kredit. Wir sind in einem Engpaß von Restriktionen und

Verboten, die das früher so unternehmungslustige Kapital deprimieren. Auch der Grundsatz: «Arbeit geht vor Kapital» ist falsch. Solange sich nicht die Erkenntnis Bahn bricht, daß die Arbeit mit dem Kapital gehen muß, wird es nicht besser. Die sich anstauenden Mengen flüssigen Kapitals sind nichts anderes als der sichtbare Ausdruck für die immer noch herrschende Währungsunsicherheit und für die Furcht des Kapitals vor den nicht endenwollenden Staatseingriffen und kapitalfeindlichen Handlungen der Regierungen. Viele Kapitalbesitzer, die sich in den «schweizerischen Wertsack» begeben haben, verzichten lieber auf jegliche Verzinsung, als sich ungesunden finanzpolitischen Maßnahmen ihrer Regierungen zu beugen. Die heutige internationale Störung der Wirtschaft ist nichts anderes als die traurige, aber wahre Konsequenz autarkischer Pfuschereien aller Art. Währungs-, wirtschafts- und finanzpolitische Dekrete haben eine Unsicherheit geschaffen, die das Unternehmertum der ganzen Welt lahmelegt. Dieser Zustand wird durch kein staatliches Mittel behoben, es sei denn durch Rückgabe der Freiheit.»

M. Max Beck, rédacteur du «Schweiz. Handelszeitung», Zurich: «Les capitalistes qui se sentent en sûreté dans la «Salle d'attente» suisse se moquent qu'on ne leur paie pas d'intérêts. Ce qu'ils veulent, c'est se soustraire aux mesures chicanes de leurs gouvernements respectifs. Ce n'est point en rejetant d'un pays à l'autre cette masse monétaire que l'on résoudra ce problème. Ce n'est point tant que sévissent l'autarchie et les interventions des Etats dans la politique économique que l'on pourra rétablir la prospérité.»



Photopress



**Prof. Dr. A. Rohn,  
Präsident des Schweiz. Schulrates, Zürich:**

«Vor 20 Jahren sagte ich, nach einer Reise durch die USA.: Der Unterschied zwischen der größten und der ältesten Demokratie der Welt besteht darin, daß man es in USA. versteht, sich miteinander emporzuarbeiten, und in der Schweiz... sich gegenseitig niederzuzahlen!« Dies ist keine Kritik, sondern eine Feststellung, die in der intellektuellen Topographie unseres Landes begründet liegt: eine Feststellung, der wir durch Vermehrung unseres geistigen und materiellen Aktionsraumes Rechnung tragen müssen. Dies fällt mir jetzt ein, wo ich befragt werde, ob es denkbar sei, das bei uns brachliegende Fluchtkapital für die schweizerische Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Bankleute unseres Exportlandes mehr Kontakt mit denjenigen Berufsgruppen suchten, deren Betätigung große Investitionen erheischt, namentlich mit Ingenieuren, Wissenschaftlern usw. Ich denke dabei weniger an Neugründungen, als an die Erweiterung solcher bestehender Industrien, die besonders aktuell sind. Wir haben in unserem Lande außerordentlich viele Intellektuelle, die sich auf geringem Raum betätigen müssen. So wie der Lebensraum des Bauern der bebaubare Boden ist, so schafft das in der Industrie angelegte Kapital Lebensraum für andere Berufe. Diesen für ein Exportland wichtigsten Lebensraum erweitern zu helfen, sollte vornehmste Pflicht des modernen Bankmannes sein. Deshalb sollte gleichzeitig mit den Abwehrmaßnahmen gegen unerwünschtes Fluchtkapital alles versucht werden, um erwünschtes, billiges Geld auf lange Sicht bei uns arbeiten zu lassen. Eine bessere Koordination der Kräfte, die unsere nationalen Notwendigkeiten kennen, ist die Voraussetzung dazu.»

*Prof. A. Rohn, président du conseil de l'E. P. F., Zurich: «Il serait souhaitable que les banquiers aient un plus grand contact avec les artisans techniques et scientifiques de la Suisse future. Cet argent qui reste improductif, qu'on le fasse travailler à élargir le rayon d'action de notre économie nationale.»*



**Dr. Max Weber,  
Sekretär des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Bern:**

«Es wäre sehr zu begrüßen, wenn man den Zustrom ausländischer Fluchtgelder eindämmen könnte, da er für unsere Volkswirtschaft unter Umständen sehr gefährlich werden kann. Ob die von der Nationalbank getroffenen Maßnahmen genügen und zweckmäßig sind, bleibt abzuwarten. Sie werden mehr schaden als nützen, wenn sie das ausländische Geld zu Anlagen in schweizerischen Wertpapieren oder gar in Grund und Boden veranlassen — im Welschland sollen ganze Straßen mit französischem Fluchtgeld gekauft worden sein. Das wäre noch gefährlicher als kurzfristige Bankguthaben, da im einen Fall das schweizerische Zinsniveau durch das Fluchtkapital beeinflusst würde und im anderen Fall eine Verreuerung unseres ohnehin überbeurten Bodens eintreten müßte. — Wenn auch die neuen Vorschriften das Horten von Frankennoten in schweizerischen Safes verhindern wollen, so können sie doch das schädliche Hinströmen unseres Zahlungsmittels in ausländischen Safes nicht verhüten. Eine zweite Gefahr erblicke ich darin, daß sich die Banken dazu verleiten lassen, die auf 9 Monate oder länger bei ihnen angelegten Auslandsgelder wieder an das Ausland auszuliehen, denn damit gehen sie Risiken ein, die unserem Lande ungeheure Verluste bringen könnten, genau wie die fehlerhafte Anlagepolitik, die vor Ausbruch der Krise getätigt wurde. Die wirksamste Maßnahme gegen das heilige Geld scheint mir eine Erklärung des Bundesrates oder der Nationalbank zu sein, die dahin lautet, daß die Schweiz den heutigen Wechselkurs zu den wichtigsten Weltwährungen, namentlich zu Dollar und Pfund, aufrechtzuerhalten gedenkt — daß jedenfalls eine Kurserhöhung des Francs nicht in Frage komme. Sobald das Kapital weiß, daß es sich vor einer Abwertung Amerikas oder Großbritanniens nicht durch Flucht in den Schweizerfranken schützen kann, verliert es die Lust am Hin- und Herwandern zwischen New York, London und Zürich.»

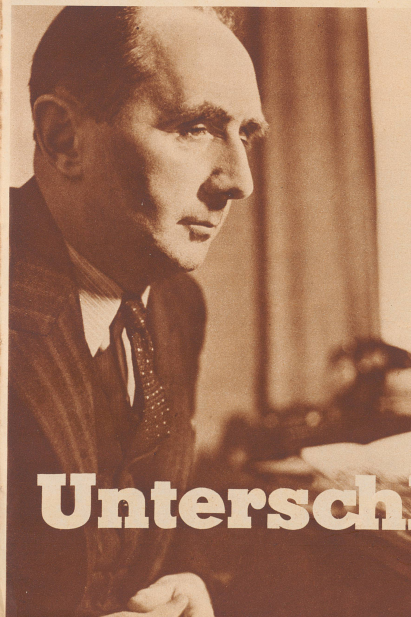
*M. Max Weber, secrétaire des syndicats ouvriers suisses, Berne: «Nul doute que les mesures prises par la B. N. présentent un certain danger. Qui peut empêcher les capitalistes étrangers de procéder à des achats massifs de titres suisses ou de biens immobiliers en Suisse? Quant à la théorisation que l'on veut empêcher, il n'est pas possible de défendre à ces mêmes capitalistes de conserver des billets de banque suisses dans les safes qu'ils ont à l'étranger.»*



**Prof. Dr. O. Howald,  
Schweizerisches Bauernsekretariat, Brugg:**

«Das Fluchtkapital, von dem man nicht weiß, wie lange es sich hier aufhalten will, nützt dem langfristigen landwirtschaftlichen Kredit nichts, im Gegenteil, der Umstand, daß 2 Milliarden Franken brachliegen, führt zu falschen und beunruhigenden Vorstellungen. Der bedrängte Bauer läßt sich leicht zu der Auffassung verführen: Holt doch das Geld, dann sind wir entschuldet! Es ist dem einfachen Manne sehr schwer beizubringen, daß dieses Geld nicht wider den Willen seiner Eigentümer umgeleitet werden kann. Aus diesem Grunde begrüße ich die Maßnahmen gegen dasjenige Kapital, das bei uns nur Unterschlupf, aber keine Anlage sucht. Ob allerdings der Versuch, die Geldlawine zu festigen, um sie der eigenen Volkswirtschaft zugute kommen zu lassen, bei einer Bindung von nur 9 Monaten aufwärts sich auswirkt auf den landwirtschaftlichen Hypothekemarkt, ist fraglich. Was die Landwirtschaft braucht, ist eine durchgreifende Zinssenkung auf lange Sicht. Jede Zinsfußreduktion auf landwirtschaftliche Hypotheken wirkt sich aber nur dann gerecht aus, wenn nicht — wie üblich — nur die neu zum Abschluß kommenden Hypotheken davon profitieren, sondern namentlich die der jungen Landwirte, die in den Zwanzigerjahren Geld zu ungünstigen Bedingungen aufnehmen mußten und sich dabei stark verschuldeten. Wie dieser Ausgleich geschaffen werden kann, das ist eine Aufgabe, die des Schweizer der Besten wert ist.»

*Prof. O. Howald, secrétaire des paysans suisses, Brugg: «Les mesures prises par la B. N. me semblent excellentes. Elles ont quelque chose d'apaisant. Ce tas d'or stérile comparé à la masse des dettes paysannes entraîne dans certains esprits des illusions primitives. J'espère que les mesures vont permettre au paysan d'obtenir à meilleur compte des crédits agricoles.»*



**Dr. H. Walder  
vom «Landesring der Unabhängigen»:**

«Meines Erachtens ist die Schweiz im Begriffe, eine Gelegenheit zu verpassen, Leihkapital zu Bedingungen zu bekommen, die sobald nicht wiederkehren dürften. Auf die Behauptung, es gäbe zu wenig Anlagemöglichkeiten in der Schweiz, antworte ich: Weil unsere Bankleute keine Phantasie und wenig Initiative haben und sich überhaupt nicht bemühen, auf lange Sicht zu planen. Es ist ja nicht der leiste Versuch gemacht worden, dieses Fluchtkapital für langfristige Investitionen in der Schweiz zu interessieren. Wenn wir nur zwei oder drei führende Leute der Hochfinanz hätten mit Energie und Risikobereitschaft, so wäre es sicher möglich gewesen — und es ist auch zur Stunde noch möglich —, zum mindesten eine der großen Aufgaben in Angriff zu nehmen, die in der Richtung der künftigen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes liegen.»

*M. H. Walder, de l'Union des Indépendants: «La Suisse est en train de manquer une magnifique occasion de se procurer de gros capitaux à des taux très réduits. On dit qu'il n'y a pas assez de possibilités de placement en Suisse. Je réponds: Nos banquiers n'ont pas fait le moindre effort d'intéresser les capitalistes étrangers à des placements à long terme. Si nous possédions une poignée de financiers intelligents, il serait possible de réaliser de suite les grands investissements nécessaires au développement futur du pays.»*

Bearbeitung: F. A. Roedelberger  
Photos: Gotthard Schuh

**Prof. H. Bernoulli, ETH,  
Präsident des Schweizer Freiwirtschaftsbundes, Basel:**

«Ich muß Ihnen mit einem alten Kapitalistenanspruch kommen: Es ist leichter, ein Vermögen zu erwerben als zu bewahren! Es gibt Umstände, unter denen das renditegerigste Kapital klein beigibt, nur um Substanzverlusten zu entgehen. Dann ist die Sicherheit auf Jahre hinaus genug, auch bei kleinsten oder gar keinem Zins auszuhalten. Falls die derzeitigen Umstände andauern, könnte sich das Kapital sogar daran gewöhnen, dies als bestmögliche Situation hinzunehmen, vorausgesetzt, daß seine Kaufkraft auf lange Zeit gesichert wird. Die Sicherheit der Rückzahlung könnte also gegen den Zinsanspruch ausgespielt werden. Wenn die Nationalbank sich dazu verstehen würde, die Kaufkraft zu sichern — so daß man mit dem Schweizerfranken von 1950 gleichviel kaufen könnte wie heute —, so wäre es bestimmt möglich, große Teile der heute flottanten Gelder der Wirtschaft zu noch nie dagewesenen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, was unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande, in Anbetracht unserer phantastischen Verschuldung, sofort heben würde. Der Reorganisation des Hypothekensystems, die u. a. dadurch möglich würde, steht aber noch das Hindernis der auf den bisherigen Zinssätzen beruhenden Verträge entgegen. Deren Umwandlung in einen niedrigeren Satz müßte die ganze Rechnung z. B. unserer Versicherungsgesellschaften über den Haufen werfen, wenn nicht ein praktikabler Ausgleich zwischen Alt- und Neu-Hypotheken gefunden würde.»

*Prof. H. Bernoulli, président de l'Union suisse pour l'Economie franche, Bâle: «Si la B. N. se résolvait à garantir le pouvoir d'achat intégral des capitaux réfugiés en Suisse, il est presque certain que ceux-ci se fixeraient en Suisse à long terme et constitueraient à des taux très avantageux de puissantes ressources pour le développement de notre économie nationale et aideraient au retour d'une saine prospérité.»*

# fahnenflüchtigem Kapital Unterschlupf bieten